

13.05.92

Antrag

des Freistaates Bayern

zur

Entschließung des Bundesrates zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts

- Antrag der Länder Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein -

Punkt 10 der 642. Sitzung des Bundesrates am 15. Mai 1992

Der Bundesrat wolle die Entschließung mit folgendem Inhalt fassen:

"Der Bundesrat hält eine grundlegende Novellierung des geltenden Staatsangehörigkeitsrechts für dringend erforderlich. Er fordert die Bundesregierung auf, die bereits laufenden Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf eines neuen deutschen Staatsangehörigkeitsrechts zügig fortzuführen.

Der Bundesrat bekräftigt die Bereitschaft der Länder, diese Vorarbeiten zu unterstützen".

Ausgeliefert am 13. MAI 1992

Begründung:

Die Novellierung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes allein reicht nicht aus, um das geltende Staatsangehörigkeitsrecht den Erfordernissen der Zeit anzupassen; vielmehr gilt es, eine Fülle weiterer Gesetze einzuarbeiten. Das Herausgreifen einzelner Regelungsgehalte mit punktuellen Einzelfestlegungen, wie sie der Entschließungsantrag der Länder Brandenburg u. a. vorsieht, erschwert eine zukunftsweisende Gesamtregelung, weil dabei die wechselseitige Abhängigkeit der Regelungsgehalte, etwa erweiterte Verlustgründe und Ausschlagungsrechte bei erleichterter Hinnahme von Mehrstaatigkeit und Geburtserwerb, unberücksichtigt bleibt.